

Newsletter Nummer 1/2015: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport

In seiner Sitzung am 26. Februar 2015 befasste sich der Ausschuss für Schulen und Kultur mit der Entwicklung der Schülerzahlen an den beruflichen und den Sonderschulen, der Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen, der regionalen Schulentwicklung der allgemeinbildenden Schulen in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt Mannheim, der Neugestaltung des Übergangs Schule – Beruf, der Planung für die Umgestaltung des Verwaltungsbereichs des Zentrums beruflicher Schulen in Schwetzingen und der Entwurfsplanung für den Neubau der Louise-Otto-Peters-Schule in Hockenheim.

Entwicklung der Schülerzahlen im Schuljahr 2014/2015

..... an den beruflichen Schulen

Im Teilzeitbereich sank die Schülerzahl deutlich von 4.026 auf 3.905 Schüler/innen. Das entspricht einem Minus von 121 Schüler/innen oder - 3,01%.

Wesentliche Veränderungen ergeben sich in den folgenden Schularten:

- In den Berufsschulen und Fachschulen erfolgt ein Rückgang von 164 Schüler/innen (-5,07 %) auf nun 3.067 Schüler/innen.
- Bei den Berufsfachschulen und den Sonderberufsfachschulen im Teilzeitbereich sank die Schülerzahl um 39 (-7,95 %) auf 451 Schüler/innen.
- Die Berufskollegs im Teilzeitbereich erfahren einen Zugang von 51 Schüler/innen und steigen auf 301 Schüler/innen.
- Im Vollzeitbereich haben sich die Schülerzahlen leicht positiv entwickelt und steigen auf nun 6.400 Schüler/innen. Das entspricht einem Plus von 0,85 %.
- Die stärkste Zunahme im Vollzeitbereich entfällt auf die beruflichen Gymnasien. Diese werden von 2.529 Schüler/innen besucht, das sind im Vergleich zum Vorjahr 71 Schüler/innen mehr oder + 2,88 %. Dabei haben innerhalb der beruflichen Gymnasien die sozialwissenschaftlichen Gymnasien mit einem Zuwachs von 52 Schüler/innen die deutlichste Zunahme zu verzeichnen.

- Im Bereich der Berufsfachschulen und Sonderberufsfachschulen entwickelten sich die Schülerzahlen auch rückläufig auf nun 1.393 Schüler/innen. Das ist ein Rückgang um 5,19 %.
- Bei den Berufskollegs im Vollzeitbereich stieg die Anzahl der Schüler/innen um 59 (+2,99 %) auf 2.032 Schüler/innen.
- Das flächendeckend eingeführte Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf (VAB) wird von 154 Schüler/innen besucht. Darin sind 31 Schüler/innen enthalten, die das im Schulversuch eingeführte Vorqualifizierungsjahr für Schüler/innen ohne Sprachkenntnisse besuchen.
- Sowohl die hauswirtschaftlich-sozialpädagogischen Berufsschulen als auch die praxisintegrierte Ausbildung von Erzieher/innen erfreuen sich zunehmender Beliebtheit.
- Erstmals sind auch bei den gewerblichen Berufsschulen deutlich rückläufige Schülerzahlen zu erkennen. Hier sank die Schülerzahl um 104 Schüler/innen.

..... an den Sonderschulen

Im laufenden Schuljahr besuchen 613 (+16) Schüler/innen die Sonderschulen und Schulkindergärten des Rhein-Neckar-Kreises.

Angestiegen ist auch die Zahl der inklusiv beschulten Schüler/innen gegenüber dem Vorjahr auf nun 82 Schüler/innen. (+34,42 %).

Insbesondere die Martinschule Ladenburg weist aufgrund ihrer Möglichkeiten, auch Menschen mit schweren mehrfachen Behinderungen zu beschulen, deutliche Steigerungen auf und genießt einen sehr guten überregionalen Ruf.

In seiner Stellungnahme für die Fraktion der Freien Wähler erklärte **Kreisrat Konrad Fleckenstein**, dass die Abnahme der Schülerzahlen in den Schulen unter der Trägerschaft des Kreises noch nicht besorgniserregend sei. Gleichwohl muss man die Entwicklung im Auge behalten, sollte sich ein Trend bestätigen, muss dies auch seinen Niederschlag im Schulentwicklungsplan finden. So zeichnet sich ein leichter Rückgang der Schülerzahlen bei den beruflichen Schulen ab, verbunden mit einer Verschiebung von den gewerblichen und kaufmännischen hin zu den hauswirtschaftlichen Schulen. Die Zunahme bei den beruflichen Gymnasien ist keine Überraschung, der Trend zu höherer Bildung setzt sich fort. Durch die Einführung der Gemeinschaftsschulen wird



sich auch die Schülerzahl an den Berufsfachschulen weiter verringern. Auch im Kreis spiegelt sich der Landestrend bei den Schülerzahlen wieder. Nach der positiven Zunahme im vergangenen Jahr schließt dieses Schuljahr mit einem Minus von 51 Schüler/innen . So besuchen nun 10.918 Schüler/innen die Schulen in der Trägerschaft des Rhein-Neckar-Kreises.

Lehrerversorgung der beruflichen Schulen des Kreises

Der Rhein-Neckar-Kreis trägt keinerlei Verantwortung für die Bereitstellung des pädagogischen Personals. Gleichwohl wird der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport jährlich über die Lehrerversorgung, die sogenannte Lehrerbedarfsanalyse, informiert. Es ist festzuhalten, dass sich die Lehrerversorgung im fachpraktischen Bereich an den beruflichen Schulen des Kreises verbessert hat, von -2,45 % auf nun -1,97 %. Im wissenschaftlichen Bereich dagegen hat sich der Bedarf im neuen Schuljahr von -4,09 % auf -4,26 % erhöht.

Kreisrat Konrad Fleckenstein erklärte für die Freien Wähler, dass für das Minus gerade im wissenschaftlichen Bereich der sehr späte Einstellungstermin in Baden-Württemberg sicherlich mit eine Rolle spielt, denn bis dahin sind schon viele Bewerber in andere Bundesländer abgewandert, wo sie schon sehr viel früher eine Einstellungszusage bekommen. Zum anderen ist es eine bekannte Tatsache, dass gut ausgebildete Leute bei einer guten Wirtschaftslage sich primär in der Privatwirtschaft orientieren. Gleichwohl muss man aber auf eine gute Lehrerversorgung achten, auch im Interesse einer gerechten und guten Bildungspolitik.



Schulentwicklung der allgemeinbildenden Schulen im Kreis

Die regionale Schulentwicklung dient der nachhaltigen Sicherung eines regional ausgewogenen, alle Bildungsabschlüsse umfassenden Bildungsangebots in zumutbarer Erreichbarkeit. Sie dient außerdem der nachhaltigen Sicherung und Weiterentwicklung eines bedarfsdeckenden sonderpädagogischen Beratungs-, Unterstützungs- und Bildungsangebots und unterstützt notwendige Entwicklungen bei den allgemein beruflichen Schulen.

Dieser gesetzliche Beratungsauftrag und die Vorgabe, die Beteiligung der Betroffenen darauf auszurichten, einen Konsens über die schulorganisatorische Maßnahme zu erreichen, sowie das Ziel einer nachhaltigen Sicherung eines regional ausgewogenen, alle Bildungsabschlüsse umfassenden Bildungsangebots in zumutbarer

Erreichbarkeit, ist das Ziel der Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schulamt Mannheim.

Wesentliche Elemente der Zusammenarbeit sind der Gesamtblick auf den Rhein-Neckar-Kreis, die Koordinierung und Steuerung, die Belange der Schülerbeförderung, die Beratung und Begleitung der Kommunen z.B. bei der Festlegung der Raumschaft bzw. der Berührten oder beim weiteren Vorgehen. Dazu wurde ein abgestuftes, von den Beteiligten einzuhaltendes Verfahren entwickelt.

Im ersten Augenblick sei man über die Vorlage erstaunt gewesen, so **Kreisrat Konrad Fleckenstein** für die Freien Wähler. Denn die allgemeinbildenden Schulen sind ja nicht in der Trägerschaft des Kreises. Auf den zweiten Blick macht die Zusammenarbeit aber Sinn. So tangiert beispielsweise die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule ja nicht nur die eigene Gemeinde, sondern hat darüber hinaus auch Einfluss auf die schulischen Entwicklungen in anderen Gemeinden. Die Zusammenarbeit im Rahmen einer regionalen Schulentwicklung kann aber wertfrei entscheiden. Mit den drei Schlagworten – Beratung, Überblick, Koordination – sind die Aufgaben und Inhalte der Zusammenarbeit eigentlich kurz und bündig beschrieben.

Neugestaltung des Übergangs Schule – Beruf: Schulversuch Duale Ausbildungsvorbereitung (AV dual)

Der Schulversuch „AV dual“ wurde mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 an der Helen-Keller-Schule Weinheim und der Hans-Freudenberg-Schule Weinheim eingerichtet. Die Schüler/innen dieses Schulversuches haben vielfältige und komplexe Problemlagen. So haben über 60 % der Teilnehmer keinen Schulabschluss, diesen zu erreichen, ist für viele Jugendliche ein ganz wichtiges Ziel. Die zentrale Stärke von AV dual ist sicherlich die sehr individuelle Förderung, die jedoch alle Beteiligten vor große Herausforderungen stellt.



Der Empfehlung der Verwaltung, zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Schulversuche zum Thema Übergang Schule – Beruf einzurichten, konnte auch **Konrad Fleckenstein** als Sprecher der Fraktion der Freien Wähler folgen. So bestehen in Weinheim ideale Startvoraussetzungen, auch ein notwendiges Netzwerk, um die erforderlichen Kraftanstrengungen zu erbringen. Das alles aber ist in der Fläche nicht vorhanden. Auch muss man Überlegungen anstellen, welche Anschlussperspektiven den AV dual Absolventen geboten werden können, die den Übergang in eine Berufsausbildung nicht schaffen, bevor man ein solches Modell in der Fläche verankert.

Zentrum beruflicher Schulen Schwetzingen

Die notwendige Umgestaltung des Verwaltungsbereichs im Zentrum beruflicher Schulen in Schwetzingen wurde vom Ausschuss genehmigt. Im Zuge des Umbaus werden auch die Bodenbeläge entfernt, da sie mit einem schadstoffbehafteten Kleber mit dem Estrich verbunden sind. Die Umbaumaßnahme ist mit einem Kostenrahmen von rd. 1,6 Mill. Euro veranschlagt.

Neubau Louise-Otto-Peters-Schule Hockenheim

Der Entwurfsplanung für den Neubau der Louise-Otto-Peters-Schule in Hockenheim stimmte der Ausschuss zu. Der Neubau wird im Passivhausstandard erfolgen und bei einer Bruttogrundrissfläche von 4.190 qm eine Nettogrundrissfläche von 3.680 qm und einen umbauten Raum von 17.050 cbm umfassen. Die Wärmeversorgung wird über ein Blockheizkraftwerk der Stadtwerke Hockenheim erfolgen. Die Kosten des Neubaus werden rd. 9,5 Mill. Euro betragen.



Sitzung des Ausschusses für Soziales

Mit dem Jobcenter Rhein-Neckar-Kreis, Kennzahlen der Eingliederungshilfe, den Fördermaßnahmen auf dem sozialen Sektor, der Fortschreibung der Sozial- und Teilhabeplanung für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung sowie der Entwicklung der Eingliederungsleistungen befasste sich der Ausschuss für Soziales bei seiner Sitzung am 3. März 2015.

Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015

Das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015 des Jobcenters Rhein-Neckar-Kreis enthält die Ziele, die Planungen und die operativen Aktivitäten des Jobcenters und dient darüber hinaus auch der Steuerung und Kontrolle der Entwicklungen im Verlauf des Haushaltsjahrs.

Kreisrätin Christa Ohligmacher dankte Herrn Hölscher vom Jobcenter namens der Fraktion der Freien Wähler für seinen informativen Bericht.



Es gebe zwar einen stabilen Arbeitsmarkt mit einer geringen Arbeitslosenquote im Kreis. Der regionale Arbeitsmarkt mit dem umkämpften Helfermarkt sei jedoch ungünstig, daher könne dieser Personenkreis nur bedingt profitieren. Im Bereich Gesundheitswesen, der Bedarf unverändert hoch, so Christa Ohligmacher. Doch benötigten die Bewerber dazu eine entsprechende Qualifizierung, die meist fehle.

Mit den verschiedensten ESF-Programmen und Projekten wie „Aktiv-Passiv-Tausch“ sowie Initiative „Junge Erwachsene“ werde versucht, die Ziele zu erreichen.

Da vier von zehn Alleinerziehenden auf Unterstützungsleistungen angewiesen sind, sei es richtig, die Beschäftigungsmöglichkeiten für Alleinerziehende zu verbessern, stimmte Christa Ohligmacher zu. Die Kinderbetreuung sollte krisenfest möglich sein und Ausnahmesituationen wie Krankheit der Kinder, Ferien und besondere Freizeiten in der Schule erfassen. Dieser Personenkreis könne durch fehlende Berufstätigkeit nur geringe Rentenansprüche erwerben und sei somit im Alter erneut auf staatliche Leistungen angewiesen.

Fördermaßnahmen auf dem sozialen Sektor

Die Arbeitsgemeinschaft „Fördermaßnahmen auf dem sozialen Sektor“ hatte die Förderanträge für das Jahr 2015 vorberaten, geprüft und sich einstimmig für eine dreiprozentige Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ausgesprochen. In den Haushaltsplan 2015 wurde zudem bereits ein Fördervolumen in Höhe von 281.500 Euro eingestellt.

Im letzten Schritt stimmte nun der Ausschuss für Soziales den Vergabeempfehlungen der Arbeitsgemeinschaft zu.

Teilhabeplanung für behinderte Menschen

Als Sozialleistungsträger erstellt der Rhein-Neckar-Kreis eine Sozial- und Teilhabeplanung für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung. Sie dient unter anderem als Grundlage zur Weiterentwicklung bestehender Angebote, zur Bedarfserhebung und zur Gestaltung neuer Konzeptionen im Sinne der UN-Behindertenkonvention. Die Fortschreibung der Planung, über die der Ausschuss für Soziales in der Sitzung informiert wurde, findet gemeinsam mit der Stadt Heidelberg statt.

Bericht über Eingliederungshilfe

Unter Eingliederungshilfe versteht man Sach- und Geldleistungen, die der Kreis für Menschen erbringt, die wesentlich behindert sind. Der nun vorgestellte Bericht dient als Planungs- und Steuerungsinstrument, als Grundlage für die Erarbeitung von Zielvorstellungen sowie Handlungsstrategien und bietet einen Überblick über das Leistungsgeschehen in den Stadt- und Landkreises Baden-Württembergs. Die Eingliederungshilfe für geistig, körperlich, sinnes- oder seelisch Behinderte bindet mit rund 71 Millionen Euro ein hohes Finanzvolumen im Haushalt des Kreises und steigt seit Jahren an.

Um Behindertenhilfe sachgerecht durchführen zu können, werden Grundlagen benötigt. Deshalb begrüßte **Kreisrätin Christa Ohligmacher** für die Freien Wähler, dass der KVJS jährlich die Datenerhebung und die Datenanalyse übernommen hat. Die Kennzahlen zeigten den Vergleich mit anderen Kreisen in Baden-Württemberg.



Viele der Daten belegten, dass der Rhein-Neckar-Kreis unter dem Landesdurchschnitt liegt. Eine Ausnahme sei die Zahl der Personen, die Leistungen für ambulantes Wohnen erhalten, dort liege der Kreis über dem Landesdurchschnitt.

Laut Christa Ohligmacher zeige der Bericht die Tendenz: Überall steigt durch den demographischen Wandel die Zahl der geistig, körperlich und seelisch behinderten Menschen an. Daher müsse auch künftig von steigenden Ausgaben für die Eingliederungshilfe ausgegangen werden.

Die Verwaltung habe mit den vorliegenden Daten eine Grundlage für die künftige Versorgungsstruktur. Die Schwerpunkte liegen bei der Tagesstruktur für Menschen mit seelischer Behinderung. Ein strategisches Ziel der sozialen Agenda sei, den Übergang von geistig behinderten Schülern und Schülerinnen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu fördern. Die Zahlen der Betreuten in Werkstätten für Behinderte Menschen zeigen, dass die Suche nach alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten erfolgreich ist. Im Land erhalten wesentlich mehr Menschen Leistungen in Werkstätten für Behinderte. So liegen die Bruttoausgaben im RNK bei 27 € und im Land bei 34 €.

Ein weiterer Schwerpunkt liege im betreuten Wohnen. Dort liegt unser Kreis trotz beachtlichen Ausbaus von ambulanten Betreuungsmöglichkeiten noch unter den Kennzahlen des Landes.

Da sich die Altersstruktur der Menschen mit Behinderung verändert, sei künftig bedarfsgerechte Angebote der Seniorenbetreuung für Menschen mit Behinderung immer wichtiger. Es werde interessant sein, wie sich die Diskussion über inklusive Betreuung auf die Eingliederungshilfe auswirken wird, schloss Christa Ohligmacher ihre Ausführungen.

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>